



Sitzung des Stadtrates am 30.08.2023
Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Beteiligten am europäischen Drogenmonitoring
Vorlagen Nummer: VII/2023/05989
TOP: 10.6

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Die Stadtverwaltung hat telefonisch Kontakt zu Herrn Björn Helm, Professur Siedlungswasserwirtschaft | Chair of Urban Water Management; Leiter der AG Siedlungshydrologie | Head of Urban Hydrology Research Group; TU Dresden; 01062 Dresden aufgenommen und zur Teilnahme am SCORE-Programm angefragt.

Herr Prof. Helm informiert, dass die TU Dresden die Abwasseruntersuchungen / Analytik übernimmt. SCORE sei ein freiwilliger Zusammenschluss von Forschungsakteuren. Es handelt sich um ein europaweites Netzwerk (Sewage analysis CORe group — Europe (SCORE)), welches mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Ansätze für die Abwasseranalyse zu standardisieren und internationale Studien durch die Erstellung eines gemeinsamen Aktionsprogramms zu koordinieren.

Im Telefonat wurde weiterhin mitgeteilt, dass langfristig bleibende Standorte für die Analytik ausgewählt werden. Aktuell gibt es eine höhere Anzahl teilnehmender Städte aus Ostdeutschland – im Vergleich zu Westdeutschland. Daher wollen die handelnden Akteure aktuell keine weiteren ostdeutschen Städte in das SCORE-Netzwerk aufnehmen, auch wenn es aus Forschungssicht interessant wäre.

Verfahrenstechnisch gilt es aus Sicht des Herrn Prof. Helm folgendes zu beachten:
Die Kläranlage des jeweiligen Standortes muss ihre Bereitschaft erklären, an dem Programm mitzuwirken (Probenentnahme und -weiterleitung). Die Analyse erfolgt dann in der TU Dresden.

Die Auswertung der Proben laufen aktuell zu folgenden illegalen Drogen: Amphetamine, Cannabis, MDMA und Kokain. Alkohol und Nikotin werden ebenfalls überprüft. Bezüglich der Kontrolle des Cannabis wäre ein weiterer Drogenaufbereitungsstrang erforderlich.
Die Datenauswertung geht an SCORE und EMCDR, da diese für das Projekt zuständig sind. Es gebe unabhängig von der SCORE-Studie die Möglichkeit, regionale Studien für Kommunen durchzuführen (wie in der Zeit der Corona-Pandemie). Aber hierfür müssen neben den technischen Voraussetzungen auch die fachlichen Expertisen vorliegen. Finanzielle Aspekte müssen berücksichtigt werden.

Die Kosten belaufen sich nach Aussage auf 1.000 € für einen Beobachtungszeitraum von 7 bis 10 Tagen. Hierbei wurde aber noch nicht die Vorbereitung usw. eingerechnet. Der angegebene Beobachtungszeitraum von 7 bis 10 Tagen ist mindestens erforderlich, um repräsentative Aussagen treffen zu können. Zur Einschätzung von Drogennutzungstendenzen und / oder der Dunkelziffer für bestimmte Drogenkonsummuster ist eine langfristige Teilnahme dringend erforderlich.

Katharina Brederlow
Beigeordnete